



ENERGIEAGENTUR
Rheinland-Pfalz

ZUKUNFTSTHEMA ENERGIEWENDE
VISION 2030

KONGRESS DER ENERGIEAGENTUR RHEINLAND-PFALZ

1./2. OKTOBER 2014 | KONGRESS-DOKUMENTATION

PLANUNG UND UMSETZUNG DER ENERGIEWENDE IN KOMMUNEN

1	Kongress Vision 2030 – Planung und Umsetzung der Energiewende in Kommunen	5
2	Intelligent Verschenden – Kommunen als Wegbereiter eines neuen Umgangs mit Energie (Prof. Timo Leukefeld)	7
3	Podiumsdiskussion	9
4	THEMENBLOCK „PLANUNG UND STRATEGIE“	
	„Planung und Strategie – Klimaschutzkonzepte und planerische Umsetzung von Klimaschutzziele“ (Dr. Habermann-Nießé)	11
	Workshop „Energetische Stadtsanierung – Potenziale auf Quartiersebene nutzen!“	13
	Workshop „Kommunale Klimaschutzstrategien“	17
5	THEMENBLOCK „SENSIBILISIERUNG UND BETEILIGUNG“	
	„Sensibilisierung und Beteiligung“ (Dr. René Mono)	19
	Workshop „Kommunikation für die Energiewende“	21
	Workshop „Teilhabemodelle für Bürger“	23
6	THEMENBLOCK „NACHHALTIGE UMSETZUNG DURCH KOOPERATION“	
	„Nachhaltige Umsetzung durch Kooperation“ (Prof. Dr. Karl Keilen)	26
	Workshop „Interkommunale Kooperation“	28
	Workshop „Aktivierung von Bürgern durch die Kommune“	30
7	Impressionen	32
8	Über die Energieagentur Rheinland-Pfalz	34

KONGRESS VISION 2030 –

PLANUNG UND UMSETZUNG DER ENERGIEWENDE IN KOMMUNEN

„Vision 2030: Planung und Umsetzung der Energiewende in Kommunen“ – unter diesem Titel veranstaltete die Energieagentur Rheinland-Pfalz am 1. und 2. Oktober 2014 im Kurfürstlichen Schloss in Mainz ihren jährlich stattfindenden Kongress. Schon heute wird in den rheinland-pfälzischen Kommunen die Energiewende von einer Vielzahl von Akteuren praktisch umgesetzt. Die Kommunen sind Motor der Energiewende: Ihnen obliegt die Planungshoheit für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, sie betreiben Strom- und Wärmenetze, nutzen regenerative Energien in ihren Liegenschaften und setzen Energieeffizienzmaßnahmen um. Auch die Beteiligung von Bürgern und Unternehmen ist von großer Bedeutung für das Gelingen der Energiewende in Kommunen.

„Der Erfolg der Energiewende liegt zu einem erheblichen Teil in kommunaler Hand“, so Christina Kaltenecker, Geschäftsführerin der Energieagentur Rheinland-Pfalz beim Start des Kongresses. „Die Anforderungen, die sich auf kommunaler Ebene stellen, sind vielfältig, von Situation zu Situation unterschiedlich – und doch vergleichbar. Um die Energiewende in Kommunen umzusetzen, bedarf es einer langfristigen Strategie, abgestimmter Planung sowie einer Umsetzung, die alle Beteiligten mitnimmt und auf die Gegebenheiten und Erfordernisse vor Ort individuell eingeht.“

Mit dem Kongress bietet die Energieagentur eine Plattform für den interdisziplinären, themenübergreifenden Dialog über die Energiewende. Ziel des Kongresses ist, die Auseinandersetzung mit verschiedenen Aspekten der Planung und Umsetzung der Energiewende auf kommunaler und regionaler Ebene zu ermöglichen und

die Ergebnisse für die praktische Anwendung nutzbar zu machen. Der zweitägige Kongress war als „Arbeitskongress“ konzipiert und bot den Teilnehmern Raum, sich in Workshops mit den Anforderungen der Energiewende auf kommunaler Ebene auseinanderzusetzen. In sechs Workshops zu den Themenschwerpunkten „Planung und Strategie“, „Sensibilisierung und Beteiligung“ sowie „Nachhaltige Umsetzung durch Kooperation“ diskutierten sie aktuelle Fragen und erarbeiteten praktisch anwendbare Lösungen für die Umsetzung. Der Kongress richtet sich an kommunale Entscheidungsträger, Vertreter von Verwaltungen, kommunalen Unternehmen, Kammern, Verbänden und lokalen Initiativen sowie Planer und Berater.

„Das vorbildliche Engagement der kommunalen Mandats- und Entscheidungsträger und vieler Bürgerinnen und Bürger vor Ort ist für den Auf- und Ausbau eines regenerativen Energiesystems unersetzlich.“, betonte die rheinland-pfälzische Wirtschafts- und Energieministerin Eveline Lemke bei der Eröffnung des Kongresses. Auch wenn die Menschen vor Ort häufig die „Mühen der Ebene“ erlebten, sei die Energiewende ohne Kommunen und Bürger nicht denkbar. Zu den aktuellen Herausforderungen für Kommunen zählen, so Lemke, zum Beispiel die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) – insbesondere die Zielformulierungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Streichung des Repowering-Bonus, das neue Ausschreibungsmodell und die Stichtagsregelung für Erneuerbare Energien-Anlagen. Auch die vielen mittelständischen Unternehmen und Industriebetriebe nimmt Lemke in den Blick, denn ein wichtiger Schwerpunkt der Energiewende

in den nächsten Jahren sind die Wärme- und Stromeinsparung im Bereich des produzierenden Gewerbes und der Industrie.

Eines der Vorbilder bei der kommunalen Energie- und Klimaschutzpolitik ist der Landkreis Cochem-Zell, der als erste Kommune in Rheinland-Pfalz mit dem European Energy Award (eea) ausgezeichnet

wurde. Ministerin Lemke überreichte beim Kongress der Energieagentur Rheinland-Pfalz den Preis an Landrat Manfred Schnur. Der European Energy Award wird an europäische Städte, Gemeinden und Landkreise verliehen, die sich erfolgreich an einem Qualifizierungsmanagement und Zertifizierungsverfahren beteiligt haben.



Diskussionen, Vorträge, Workshops und konkrete Projekte prägen den Kongress Vision 2030

INTELLIGENT VERSCHWENDEN – KOMMUNEN ALS WEGBEREITER EINES NEUEN UMGANGS MIT ENERGIE

ERÖFFNUNGSVORTRAG VON PROF. TIMO LEUKEFELD

„Die Energiewende ist derzeit vor allem noch eine Stromwende, deshalb ist eine stärkere Konzentration auf den Wärmebereich notwendig“, so Prof. Timo Leukefeld beim Kongress der Energieagentur Rheinland-Pfalz. Leukefeld, der an der Staatlichen Studienakademie Glauchau (Sachsen) lehrt und sich hauptsächlich mit energieautarken Gebäuden und dem Thema energetisches Wohnen der Zukunft beschäftigt, ist seit 2013 Energiebotschafter der Bundesregierung. Er betonte, mit der in Deutschland euphorisch eingeläuteten Energiewende seien einseitig bestimmte Bereiche gefördert worden. Da bislang der Fokus hauptsächlich auf dem Stromverbrauch liege, plädierte er für ein Gesamtenergiekonzept, das die Themen Wärme, Strom, Mobilität, Speicherung und Ressourceneffizienz stärker zusammenführt. In seinem Eröffnungsvortrag befasste er sich mit den Möglichkeiten einer intelligenten Eigenversorgung aus Energiequellen, die jedem zugänglich sind. Das, so betont Leukefeld, ist nicht zuletzt auch für die Kommunen ein wichtiges Thema.



Prof. Timo Leukefeld empfiehlt intelligentes Verschwenden

DAS PRINZIP SONNENHAUS

Leukefeld setzt bei der Entwicklung praxistauglicher Konzepte vor allem auf die kostenfreie und krisensichere Sonnenenergie. Auch Energiespeicher sind ein wichtiger konzeptioneller Bestandteil, denn sie ermöglichen eigenproduzierte Wärme und Strom auch dann zu nutzen, wenn die Sonne nicht scheint. Er betonte, dass die Energiewende systemische Lösungen erfordert, die die intelligente Verteilung von dezentral produziertem Strom und Wärme aus Erneuerbaren Energien, eine dezentrale Stromversorgung und Energiespeicher verbindet. Eine gute Lösung sei das Sonnenhaus – ein gut gedämmtes Gebäude mit optimaler Sonnenenergienutzung. Beim Sonnenhaus werden großflächige thermische Sonnenkollektoren mit hohem Wirkungsgrad mit einem großzügig dimensionierten Langzeitwärmespeicher im Gebäudeinneren kombiniert. So kann die Sonnenwärme für die kalte Jahreszeit im Pufferspeicher aufbewahrt werden. Damit bringt das Sonnenhaus-Konzept das Energie-Angebot der Sonne und die Energie-Nachfrage der Hausbewohner räumlich und zeitlich zusammen. Gleichwohl sprach sich Leukefeld gegen das Heizen mit Luftwärmepumpen und die Verwendung von Strom aus Photovoltaikanlagen aus. Als Grund führte er die Kluft zwischen der Solarerzeugung im Sommer und dem Stromverbrauch für die Wärmepumpe im Winter an. Wärmepumpen bringen eine zusätzliche Last im Winter, möglicherweise wird gar Strom aus zusätzlichen fossilen Kraftwerken benötigt, die nur zwei Monate im Winter laufen. Zudem, so Leukefeld,



seien die Kosten für Stromspeicher sehr hoch, gleichzeitig fehle es an wirtschaftlichen Möglichkeiten, Strom längere Zeit zu speichern.

EINSPARUNGSMODELL ANSTATT EINNAHMEMODELL

Leukefeld ist überzeugt, dass bei der Energiewende im Gebäudebereich das Einnahmemodell an Bedeutung verliert und stattdessen das Einsparmodell wichtiger wird. Das Einnahmemodell basiert auf Mieteinnahmen, auf Zinserträgen, Aktiengewinnen oder den staatlich garantierten Einspeisevergütungen bei Photovoltaik, Windkraft oder Blockheizkraftwerken. Das Einsparmodell stützt sich beispielsweise auf Dämmung, Fenstererneuerung oder die Sonnenheizung. Dadurch werden Heiz- und Nebenkosten gespart. Zudem wies Leukefeld darauf hin, dass Einsparungen steuerfrei sind, während Einnahmen zu versteuern sind. In diesem Zusammenhang forderte er Fördermodelle, die die Menschen in der Mitte ihres Lebens dazu

bewegen, in ihre Häuser so zu investieren, dass sich Einsparpotenziale in der Zukunft ergeben. Er schlägt eine kombinierte Förderung von Solarthermie, Photovoltaik, Langzeit-Wärmespeichern, Kurzzeit-Stromspeichern und Elektromobilität vor.

AUCH KOMMUNEN PROFITIEREN VON SOLARER ENERGIEVERSORGUNG

Die von Leukefeld vorgestellten Gebäude- und Förderkonzepte ermöglichen den Bewohnern Wärme und Strom selbst zu erzeugen, Energie zu speichern, Energiekosten zu sparen und sogar Überschüsse zu erwirtschaften. Leukefelds Fazit: „Energieautarkie ist keine Utopie mehr.“ Er ging aber noch einen Schritt weiter: Überschüssige Energie kann nicht nur an die Energieversorger weitergegeben werden, sondern über Nahwärmenetze beispielsweise auch an (energetisch schlechtere) Nachbargebäude. So kommt die Energieautarkie nicht nur den Bewohnern einzelner Gebäude zugute, sondern ganzen Wohnquartieren, Kommunen und Regionen. Er forderte insbesondere die Kommunen auf, Gesamtenergiekonzepte zu entwickeln, die die Themen Wärme, Strom, Mobilität und Speicherung zusammenführen. In den Kommunen müsse ein Bewusstsein geschaffen werden, die Umwandlung von Strom in Wärme, beispielsweise beim Einsatz von Wärmepumpen, zu vermeiden und stattdessen solare Wärme zu erzeugen, intelligent zu verteilen und zu speichern.



KONTAKT:

Firma Timo Leukefeld – Energie verbindet
 Prof. Timo Leukefeld
 Franz-Mehring-Platz 12D | 09599 Freiberg
 Tel.: 03731 4193860
 E-Mail: kontakt@timo-leukefeld.de
 www.timo-leukefeld.de



PLANUNG UND UMSETZUNG DER ENERGIEWENDE IN KOMMUNEN – ODER: WARUM EIN ALTER MANN NOCH CHINESISCH LERNT

Der Kongress der Energieagentur Rheinland-Pfalz stand unter dem Titel „Planung und Umsetzung der Energiewende in Kommunen“ – damit sind die Gemeinden als der zentrale lokale Akteur und das Handlungsfeld identifiziert. Ein breiter Konsens besteht darüber, dass die Energiewende eine Chance für Kommunen ist. Aber welche Strategien und Instrumente sind erforderlich? Führen die Energiewende und die damit verbundenen Maßnahmen zu einer Aufwertung des ländlichen Raums? Welche Chancen bietet die interkommunale Kooperation? Wo bieten sich Ansatzpunkte für die Impuls- und Aktivierungsfunktion der Kommunen?

An der Podiumsdiskussion nahmen die rheinland-pfälzische Wirtschafts- und Energieministerin Eveline Lemke, der Trierer Oberbürgermeister Klaus Jensen, der Präsident der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord Dr. Ulrich Kleemann, Jürgen Hesch vom Landkreistag Rheinland-Pfalz und Prof. Timo Leukefeld, Energiebotschafter der Bundesregierung teil. Moderiert wurde die Podiumsdiskus-



Klaus Jensen sieht eine Ausweitung von der Stadt in die Region als Erfolgsfaktor für die Energiewende

sion von Andreas Jakob, Geschäftsführer der FIRU – Forschungs- und Informationsgesellschaft für Fach- und Rechtsfragen der Raum- und Umweltplanung.



Jürgen Hesch in der Diskussion

Zu Beginn der Podiumsdiskussion berichtete Oberbürgermeister Klaus Jensen von den guten Erfahrungen bei interkommunalen Energiewendeprojekten in der Region Trier. „Um die Energiewende voranzutreiben, haben wir in Trier einen Perspektivwechsel von der Stadt zur Region vollzogen“, so Jensen. Gemeinsam mit den Stadtwerken plant die Stadt Trier ein virtuelles Kraftwerk der Region, um Strom nicht nur selbst zu erzeugen, sondern auch intelligent zu verteilen. Davon profitieren, erläuterte Jensen, insbesondere die Kommunen, weil sie unabhängig von großen Energieversorgern werden und langfristig ökonomisch besser gestellt sind. Jürgen Hesch vom Landkreistag Rheinland-Pfalz, unterstrich, dass die Energiewende eine große Chance für den ländlichen Raum ist. Die Wertschöpfung durch den Einsatz Erneuerbarer Energien bleibt in der Region. Wichtiger Erfolgsfaktor für die kommunale

Energiewende, so Hesch weiter, ist die interkommunale Kooperation, die beispielsweise einen Ausgleich zwischen Standort- und Nicht-Standort-Gemeinden von Erneuerbare Energien-Anlagen schafft. Solidarpakte sollten nicht nur zwischen einzelnen Gemeinden vereinbart werden, sondern auch über die Grenzen von Verbandsgemeinden hinaus reichen.

Dr. Ulrich Kleemann, Präsident der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, lenkte den Blick auf die Synergieeffekte, die Kommunen bei der Verwirklichung von Energiewendeprojekten erzielen können. Bei vielen kommunalen Projekten, so Kleemann, können zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Beispielsweise kann der Neubau einer Wasserleitung mit dem Bau eines Nahwärmenetzes oder dem Ausbau der Breitbandversorgung verbunden werden. Wichtiger Erfolgsfaktor für kommunale Energiewendeprojekte sind das Engagement und die Eigeninitiative der handelnden Personen.



Dr. Ulrich Kleemann zu Synergieeffekten bei Energiewendeprojekten



Podiumsdiskussion mit Wirtschafts- und Energieministerin Eveline Lemke

Um die Motivation der lokalen Akteure zur Umsetzung der Energiewende machte sich Prof. Timo Leukefeld, Energiebotschafter der Bundesregierung, Gedanken: „Wie ist es möglich, dass ein 90jähriger noch Chinesisch lernen kann? Nicht indem er einen Kurs der Volkshochschule besucht, sondern indem er sich in eine Chinesin verliebt. Das ist eine Frage der Motivation und der emotionalen Einstellung – das muss auch für die Energiewende gelten.“ Außerdem plädierte Leukefeld für mehr Einfachheit bei der Energiewende. Die Energiewende müsse ein Stück weit „enttechnisiert“ werden.

Auch Wirtschafts- und Energieministerin Lemke kam auf die interkommunale Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Energiewende zu sprechen. Die Kommunen müssen die Möglichkeiten der interkommunalen Kooperation ausloten, um eine gerechte Verteilung von Nutzen und Lasten bei Energiewendeprojekten zu erreichen. Dann können die Bevölkerung und insbesondere die ländlichen Gemeinden direkt vor Ort von den Investitionen in Erneuerbare Energien profitieren. Lemke wies darauf hin, dass die Energieagentur Rheinland-Pfalz die Kommunen mit Fachinformationen bei der Bildung von Kooperationen und interkommunalen Vereinbarungen unterstützt.

PLANUNG UND STRATEGIE – KLIMASCHUTZKONZEPTE UND PLANERISCHE UMSETZUNG VON KLIMASCHUTZZIELEN

IMPULSVORTRAG VON DR. KLAUS HABERMANN-NIESSE

Im Fokus des Themenblocks „Planung und Strategie“ stand der Planungsbedarf für die Energiewende sowie die bisherigen Erfahrungen mit verschiedenen Planungsinstrumenten, deren Wirksamkeit und die Notwendigkeit zur Optimierung oder Weiterentwicklung. Gegenstand der Betrachtung waren sowohl formelle (gesetzlich verankerte Instrumente der Stadt- und Regionalplanung, insbesondere Raumordnung und Bauleitplanung) als auch informelle Planungsinstrumente (beispielsweise kommunale Entwicklungskonzepte und Klimaschutzstrategien).

DIE ROLLE DER KOMMUNEN BEIM KLIMASCHUTZ

Die besondere Rolle der Kommunen beim Klimaschutz und die planerische Umsetzung von Klimaschutzziele – mit diesen Themen befasste sich Dr. Klaus Habermann-Nieß vom Planungsbüro „plan zwei“ aus Hannover in seinem Impulsvortrag. Er führte aus, dass in den Kommunen nicht nur Energie verbraucht, sondern auch produziert wird. Zudem sind die Kommunen der Ort, wo produziert, gebaut, geheizt und sich bewegt wird. Daher müsse ein effektiver kommunaler Klimaschutz auf drei Säulen basieren: Energieerzeugung, Energieeinsparung und energieeffiziente Siedlungsentwicklung.

Im Bereich Energieerzeugung geht es darum, den Anteil regenerativer Energien zu erhöhen und den CO₂-Ausstoß bei der Energieproduktion zu reduzieren. Energieeinsparung im kommunalen Bereich kann

erreicht werden durch einen reduzierten Energieverbrauch im kommunalen Gebäudebestand, im Gewerbe oder beim Wohnen. Grundlage für eine energieeffiziente Siedlungsentwicklung ist die Reduzierung des Beitrags der Siedlungsentwicklung zur CO₂-Belastung in den Bereichen Gewerbe, Verkehr und private Haushalte. Der Drei-Säulen-Ansatz impliziert, dass die Rolle und die Aufgaben der Kommunen beim Klimaschutz sehr vielfältig sind. Zunächst haben die Kommunen als Energieverbraucher eine Vorbildfunktion. Diese nehmen die Kommunen wahr, indem sie beispielsweise ein kommunales Energiemanagement einführen oder in eine dezentrale, regenerative Energieversorgung investieren. Zudem weisen sie im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf erfolgreich umgesetzte Projekte hin, die andere Akteure zum Nachahmen motivieren. Gleichzeitig sind Kommunen aber auch Versorger, die Energiedienstleistungen über Stadtwerke und Energiepartner anbieten. Darüber hinaus können Kommunen auch steuernd eingreifen: Sie legen Förderprogramme im Energiebereich auf, sorgen für die Qualitätssicherung bei der Umsetzung von Maßnahmen oder bieten Energieberatung an. Zuletzt kommt den Kommunen aber auch die Rolle als Planungs- oder Regulierungsinstanz zu. Sie setzen energetische Standards oder sie entwickeln Strategien und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel.



Dr. Habermann-Nieße plädiert für kommunale Energie- und Klimaschutzkonzepte

KLIMASCHUTZKONZEPTE ALS ZENTRALES INSTRUMENT DES KOMMUNALEN KLIMASCHUTZES

Das zentrale Planungsinstrument der Kommunen im Bereich Klimaschutz, so Habermann-Nieße, sind Energie- und Klimaschutzkonzepte. In einem Klimaschutzkonzept werden zunächst die verschiedenen Sektoren des Energieverbrauchs und der lokalen Energieversorgung betrachtet. Hierzu gehören die Haushalte, Industrie und Gewerbe, der Verkehrsbereich, öffentliche Liegenschaften und die Landwirtschaft. Auf die Bestandsaufnahme folgen die Ermittlung von Einsparpotenzialen in den jeweiligen Verbrauchssektoren, die Festlegung von CO₂-Einsparzielen und die Entwicklung eines Maßnahmenkata-

logs zur Zielerreichung. Ein Klimaschutzkonzept ist mittelfristig angelegt, es stellt ähnlich wie ein Flächennutzungsplan eine kommunale Planung für einen Zeitraum von zehn bis 15 Jahren dar.

Aktuelle Herausforderungen, so Habermann-Nieße abschließend, die die Kommunen auf dem Weg in eine klimafreundliche Zukunft zu meistern haben, sind insbesondere die Energieeinsparung in Siedlungsbereichen, die Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energien, der Ausbau eines effizienten Netzbetriebs, die Förderung nachhaltiger Mobilität, die Abkühlung des erhitzten Stadtklimas, die Anpassung an Starkregen und eine bessere Kommunikation der Klimaschutzakteure.



KONTAKT:

plan zwei Stadtplanung und Architektur
 Dr. Klaus Habermann-Nieße
 Postkamp 14a | 30159 Hannover
 Tel.: 0511 27949541
 E-Mail: habermann-niesse@plan-zwei.com
 www.plan-zwei.com



WORKSHOP „ENERGETISCHE STADTSANIERUNG – POTENZIALE AUF QUARTIERSEBENE NUTZEN!“

Im Rahmen des Workshops wurden der Ansatz des integrierten Quartierskonzepts und das Konzept des Sanierungsmanagements vorgestellt und diskutiert. Dr. Klaus Habermann-Nießel vom Planungsbüro „plan zwei“ aus Hannover führte in einem Impulsreferat in die Thematik ein und stellte Ergebnisse eines Forschungsprojekts zum KfW-Förderprogramm „Energetische Stadtsanierung“ vor. Das KfW-Programm gewährt Zuschüsse für die Erstellung von integrierten Quartierskonzepten und die Kosten für einen Sanierungsmanager. Weil für viele Herausforderungen der energetischen Stadtsanierung bislang kaum Erfahrungen vorliegen, wurde vom ehemaligen Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und der KfW eine Begleitforschung eingerichtet.

QUARTIERSKONZEPTE UND SANIERUNGSMANAGEMENT ALS NEUE ANSÄTZE

Bei der Quartierssanierung handelt es sich um einen neuen planerischen Ansatz mit dem Ziel, in Stadtquartieren einen integrierten Sanierungsprozess in Gang zu setzen. Ziel ist eine Steigerung der quartiersbezogenen Energieeffizienz durch Kombination effizienter, regenerativer Wärmeversorgungslösungen mit einer möglichst optimalen Isolierung von Gebäudegruppen. Dies soll in einem Prozess erfolgen, in dem umfassende Investitionen und Maßnahmen in Gebäuden und Infrastruktur angestoßen werden, insbesondere in den Bereichen

- > Gebäudeenergieeffizienz und Städtebau: Energetische Sanierung von Bestandsgebäuden durch Dämmung der Gebäudehülle und Modernisierung der Anlagentechnik sowie Strategien der Quartiersverdichtung durch Aktivierung vorhandener Baulücken,
- > Wärme- und Stromversorgung: Aufbau dezentraler Wärmenetze und Anpassung bestehender Wärmenetze sowie Nutzung Erneuerbarer Energien bei der Wärmeerzeugung,
- > Öffentlichkeitsarbeit: Förderung des bewussten Umgangs der Bevölkerung mit Energie durch Information und Beratung sowie Ansprache und Einbindung von Schlüsselakteuren in Konzepterstellung und Maßnahmenumsetzung,
- > Mobilität und Verkehr: Aufbau von Car-Sharing-Angeboten, Stärkung von Radverkehr, ÖPNV, Fußgängerverkehr sowie Aufbau von betrieblichen oder öffentlichen Mobilitätsmanagements.

Als räumliche Maßstabsebene bietet das Quartier eine erweiterte Perspektive und die Möglichkeit der Nutzung von Skaleneffekten bei gebäudeübergreifenden Lösungen. Gegenüber gesamtstädtischen Konzeptionen (beispielsweise kommunale Klimaschutzkonzepte) erlauben Quartierskonzepte eine fokussierte Betrachtung, die Planung konkreter, an den Bedürfnissen des Quartiers orientierter Maßnahmen, und eine höhere Umsetzungsorientierung. Die Betrachtungsebene des Stadtquartiers ermöglicht in besonderer Weise Querbezüge zu Aspekten des Städtebaus (beispielsweise Denkmalschutz), zur demo-

grafischen und sozialen Entwicklung des Stadtteils (beispielsweise Barrierefreiheit) sowie zur Wohnungswirtschaft. Stadtquartiere bieten darüber hinaus vielfach den Vorteil eingespielter Akteursstrukturen.

FÖRDERPROGRAMM „ENERGETISCHE STADTSANIERUNG“ DER KfW

Das Förderprogramm „Energetische Stadtsanierung“ der KfW, das Anfang 2011 aufgelegt wurde, unterstützt Strategien zur Quartierssanierung finanziell mit einer Ausstattung von insgesamt 50 Millionen Euro im Jahr 2014. Die Zuschüsse werden aus Mitteln des Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ zur Verfügung gestellt. Das Programm hat zwei Förderschwerpunkte: Zunächst wird die Erstellung integrierter Quartierskonzepte gefördert, die Ziele und Maßnahmen der energetischen Sanierung definieren und kombinieren. Diese Konzepte bilden eine Entscheidungsgrundlage für eine an der Gesamteffizienz ausgerichtete Investitionsplanung im Quartier.



Teilnehmer des Workshops „Energetische Stadtsanierung – Potenziale auf Quartiersebene nutzen!“

Im Rahmen der zweiten Förderkomponente werden Sanierungsmanager gefördert, die die Maßnahmenumsetzung begleiten und koordinieren sollen. Ihr Aufgabenbereich umfasst die Detailplanung, die Koordination und Vernetzung von Akteuren sowie die Einbindung der örtlichen Bevölkerung und der Eigentümer. Der Sanierungsmanager ist Anlaufstelle für Fragen der Finanzierung und Förderung sowie Moderator

bei Interessenskonflikten. Förderfähig sind Personal- und Sachkosten für maximal drei Jahre bis zu einem Höchstbetrag von 150.000 Euro je Quartier.

Antragsberechtigt für Konzept und Management sind alle kommunalen Gebietskörperschaften sowie deren rechtlich unselbständige Eigenbetriebe. Es werden maximal 65 Prozent der anfallenden Sach- und Personalkosten gedeckt. In Rheinland-Pfalz ist nach Einzelfallprüfung bei Pilotvorhaben eine Aufstockung durch Landesmittel auf 85 Prozent Förderanteil möglich. Für die Umsetzung der Maßnahmen bietet sich die Kombination mit weiteren Programmen an, beispielsweise entsprechende Programme der KfW oder der Städtebauförderung.

ERFOLGSFAKTOREN UND HERAUSFORDERUNGEN DER UMSETZUNG

Bei der energetischen Quartierssanierung gibt es kein „ideales Quartier“, weil jedes Quartier andere Erfordernisse und Potenziale hat. Daher macht das Programm der KfW auch keine Vorgaben zur Umsetzung, zu Quartierstypen oder -größe. Allerdings, so ein Ergebnis der Begleitforschung, gibt es bestimmte Siedlungsstrukturen mit einer besonderen Eignung. Hohe Sanierungserfordernisse bestehen vor allem in Gründerzeitvierteln, Dorfkernen, Einfamilienhaus-Siedlungen höherer Dichte, historischen Altstädten sowie Groß- und Zeilensiedlungen mit mittlerer Dichte. Das Förderprogramm sieht bei der Abgrenzung des Quartiers keine explizite Mindestgröße vor, jedoch sollten Quartiersgrößen von 2.000 bis 3.000 Haushalten nicht überschritten werden.

In dem Workshop diskutierten die Teilnehmer über Erfolgsfaktoren und Herausforderungen bei der Quartierssanierung. Folgende Punkte kamen zum Tragen:

- Die Eigentümer im Quartier müssen handlungsfähig und -willig sein. Optimal



- ist eine möglichst homogene Struktur mit nur wenigen Eigentümern und einem großen Interesse an einer nachhaltigen Erhaltung des Quartiers. Problematischer erweisen sich heterogene Eigentumsstrukturen mit variierenden und individuellen Handlungslogiken und häufig kurzfristigen Verwertungsinteressen.
- Energieversorgungsunternehmen mit Interesse an einer Entwicklung nachhaltiger Strom- und Energieversorgung sind ein wichtiger Erfolgsfaktor, weil sie notwendige Investitionen in die Infrastruktur tätigen können.
 - Die Ziele des Quartierskonzepts sollten frühzeitig definiert und die Mitwirkung entscheidender Akteure früh gesichert werden. Interesselagen und Zielvorstellungen im Quartier sollten frühzeitig untereinander und miteinander abgestimmt werden (Einwohner, Kommune, Versorger, Wohnungsbauunternehmen), bestenfalls noch vor der Konzepterstellung. Hierbei gilt es das oft mangelnde Problembewusstsein hinsichtlich der Zusammenhänge zwischen Sanierung, Werterhalt von Immobilien, gesteigertem Wohnkomfort und erhöhter Vermietbarkeit zu schärfen.
 - Vorteilhaft ist, die Strategien von Beginn an möglichst detailliert auszuarbeiten. Zu pauschal formulierte Zielvorgaben und Maßnahmen erweisen sich als kontraproduktiv. Dagegen lassen sich potenzielle Investoren mit konkreten Maßnahmenbestimmungen eher überzeugen.
 - Auch die generelle Verfügbarkeit von Informationen und Daten zum Quartier (Bevölkerung, leitungsgebundenen Energieträgern, punktuelle Wärmezeuger) wurde als Hemmnis bei der Konzepterstellung identifiziert. Die Beschaffung von Daten mit entsprechender analytischer Tiefe ist mit erheblichem Aufwand verbunden. Ein weiteres Hindernis sind Einschränkungen, die durch Datenschutzbestimmungen entstehen.

FAZIT: QUARTIERSSANIERUNG ALS NEUE HANDLUNGSOPTION FÜR RHEINLAND-PFÄLZISCHE KOMMUNEN

Die Teilnehmer des Workshops diskutierten, warum sich die Inanspruchnahme des Förderprogramms in Rheinland-Pfalz bislang eher am unteren Ende des bundesweiten Durchschnitts bewegt. Neben der notwendigen kommunalen Kofinanzierung wurde angeführt, dass das Programm aufgrund des Begriffs „Stadtsanierung“ im

Titel, von Kommunen im eher ländlich geprägten Rheinland-Pfalz möglicherweise vorschnell nicht als Handlungsoption erkannt wird. Diesem Missverständnis gilt es auch seitens der Energieagentur Rheinland-Pfalz verstärkt entgegenzuwirken. Denn gerade für die zahlreichen kleinen Kommunen in Rheinland-Pfalz ergeben sich aus diesem Programm neue Wege und Strategien zur Verbesserung der Energieeffizienz.



Engagierte Diskussion am Rande des Workshops

WORKSHOP „KOMMUNALE KLIMASCHUTZSTRATEGIEN“

Ziel des Workshops war es, Ideen für ein optimiertes kommunales Klimaschutzmanagement zu entwickeln. Dabei sollten die Erfahrungen und Vorstellungen von kommunalen Praktikern in die „Vision Kommunales Klimaschutzmanagement 2030“ einfließen.

Entscheidend war die Bereitschaft der Teilnehmer, sich gedanklich von den möglichen Beschränkungen zu lösen, was derzeit machbar ist und das „ideale“ Klimaschutzmanagement als „Vision 2030“ zu entwickeln. Folgende Fragestellungen waren zentral:

- Wie kann kommunales Klimaschutzmanagement im Jahr 2030 idealerweise aussehen und wie ist es zu erreichen?
- Auf welche Herausforderungen stoßen Kommunen bei der Umsetzung kommunaler Klimaschutzstrategien? Wie lassen sie sich bewältigen bzw. welche Potenziale gibt es für ein optimal ausgestaltetes Klimaschutzmanagement in Kommunen?
- Wo bestehen Notwendigkeiten zur Weiterentwicklung des kommunalen Klimaschutzmanagements?

VISIONEN FÜR EIN KLIMASCHUTZ-MANAGEMENT 2030

Cathrin Gudurat vom Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (beim Deutschen Institut für Urbanistik) gibt in ihrem Impulsreferat einen Überblick über Klimaschutzaktivitäten und Klimaschutzprojekte in Kommunen. Seit Sommer 2008 fördert das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) auf Basis der „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rah-

men der Nationalen Klimaschutzinitiative“ („Kommunalrichtlinie“) Klimaschutzprojekte in Kommunen. Das Interesse an der Kommunalrichtlinie sei groß, so Gudurat. Zwischen 2008 und 2014 wurden 7.300 Projekte in mehr als 3.000 Kommunen gefördert – wovon rund 400 Vorhaben die personelle Umsetzung vorhandener Klimaschutz(teil)konzepte beinhalten.



Um nachhaltige Klimaschutzaktivitäten anzustoßen, spielt die Institutionalisierung des Klimaschutzes und dessen Integration in die Verwaltung eine wichtige Rolle. Der Blick auf die Verteilung bewilligter Kommunalrichtlinien-Projekte zeigt, dass die Förderung von Klimaschutzkonzepten und von Klimaschutzmanagern lediglich mit 23 Prozent bzw. 5 Prozent zu Buche schlägt und somit „zukünftig noch Luft nach oben lässt“.

Als Vision, so Gudurat, sei analog zu der Etablierung von Umweltämtern in den 1980er Jahren die Errichtung eines Amtes für Nachhaltigkeit denkbar. Ein solches Amt könne neben Themen wie demografischer Wandel und Umweltschutz auch Aspekte des Klimaschutzes und der Energiewende berücksichtigen. Damit ginge auch eine feste Position eines Klimaschutzbeauftragten einher – optimaler Weise mit eigenem Budget und interdisziplinärer Aufgabenstellung. In kommunale



Planungsprozesse sollten zudem Klimaschutzbelange stärker einfließen.

Aufgrund der ländlichen Struktur in Rheinland-Pfalz kommt der „Aktivierung ländlicher Räume“ in Zukunft eine große Bedeutung zu. Hierbei spielt der Themenkomplex Klimaschutz und Energiewende eine entscheidende Rolle. Die bereits angestoßene flächendeckende Etablierung regionaler Energie- oder Klimaschutzagenturen, die gemeinsam mit den „Kümmerern vor Ort“ (haupt- und ehrenamtliche Vertreter der Landkreise, Verbands- oder Ortsgemeinden) als Impulsgeber fungieren und lokale bzw. regionale Aktivitäten initialisieren, begleiten oder durchführen, sind ein möglicher Weg zur Erreichung der Bundesziele. Insbesondere beim Thema Erneuerbare Energien und der Standortwahl von Erneuerbare-Energien-Anlagen sei zudem die interkommunale Kooperation noch ausbaufähig.

VISION 2030: WIE STELLEN SICH DIE TEILNEHMER DAS KLIMASCHUTZ-MANAGEMENT DER ZUKUNFT VOR?

Die Teilnehmer haben sich auf folgende Themen verständigt, die aus ihrer Sicht unter dem Schlagwort „Vision 2030“ zu diskutieren sind:

- Das Thema „Kooperation und Planung“, das beispielsweise die Integration von Klimaschutz in die Flächen- und Bauleitplanung, die Koordination von Klimaschutzbelangen auf überregionaler Ebene oder das Thema Energiemasterplan umfasst.

- Das Thema „Partizipation und Vernetzung“ mit Aspekten wie Sensibilität, Handlungsfähigkeit, Motivation, emotionale Einbindung der Bürger sowie Partizipation und Bildung.
- Das Thema „konkrete Maßnahmenumsetzungen im kommunalen Klimaschutz“, beispielsweise mit Aspekten wie nachhaltiger Beschaffung, reduziertem Wärmeverbrauch, Verkehrsplanung und nachhaltiger Mobilität.
- Das Thema „Klimaschutzmanagement“, das den Bedarf, die Stelle des Klimaschutzmanagers unbefristet einzurichten, eine langfristige Verankerung des Themas Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe sowie die Kooperation mit der Energieagentur Rheinland-Pfalz umfasst.

HANDLUNGSBEDARF UND UMSETZUNG

Einigkeit bestand darin, dass bei der Realisierung der Vision „Kommunales Klimaschutzmanagement 2030“ noch einige Herausforderungen zu bewältigen sind. Wichtig ist, dass die Energieagentur Rheinland-Pfalz die Kommunen beispielsweise mit Informationsangeboten, landesweiten Netzwerken und durch Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Klimaschutz unterstützt. So kann die Energieagentur Rheinland-Pfalz dazu beitragen, dass die Ideen für ein zukünftiges kommunales Klimaschutzmanagement realisiert werden und das Thema gesellschaftlich und politisch weiter verankert wird.

Die Teilnehmer haben vereinbart, diese Diskussion in einem Folgetermin erneut aufzugreifen.



SENSIBILISIERUNG UND BETEILIGUNG

IMPULSVORTRAG VON DR. RENÉ MONO

Sensibilisierung und Beteiligung sind notwendig, um Akzeptanz und eine breite Unterstützung für die Energiewende bei den Bürgern und Interessengruppen im Land zu schaffen. Im Fokus des Themenblocks standen die Prozesse der Bewusstseinsbildung von Bürgern, Beteiligungsmodelle sowie die Kommunikation bei Energiewendeprojekten.

TREND ZUR BÜRGERENERGIE

„Bürgerenergie liegt im Trend, aber es gibt auch Grund zur Sorge“ – das ist eine zentrale Aussage im Impulsreferat von Dr. René Mono, Vorstand des Bündnisses Bürgerenergie und Geschäftsführer der „100 Prozent erneuerbar stiftung“. Er legte

lagen. Bürgerenergie sei unerlässlich für die Energiewende, denn sie erhöht die Akteursvielfalt im Energiemarkt, lässt neue Eigentümerstrukturen entstehen, stärkt die gesellschaftliche Teilhabe und damit die Akzeptanz für die Energiewende. Die gesellschaftliche Funktion der Bürgerenergie zeigt sich auch beim Blick auf die Motive der Bürger, die ihr Geld in Genossenschaften einzahlen. Mono erläuterte, bei den Investitionsentscheidungen der Bürger stehe nicht so sehr die Rendite im Vordergrund, wichtig seien vielmehr gesellschaftspolitische Ziele, wie „die Energiewende voranbringen“, „Verbesserung der Teilhabe“ oder „Regionale Wertschöpfung“.



Dr. René Mono fokussiert das Thema Bürgerenergie

dar, dass nach Angaben des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbands (DGRV) im Jahr 2013 an jedem dritten Tag eine Bürgerenergiegenossenschaft gegründet wurde. Mittlerweile werde sogar die Mehrheit der Erneuerbare-Energien-Anlagen von Bürgern gehalten, darunter vor allem Photovoltaik- und Windkraft-An-

Der Trend zur Bürgerenergie, so Mono, lässt sich aber auch auf ein Misstrauen gegenüber etablierten Akteuren zurückführen. Zahlen aus unterschiedlichen Studien deuten auf einen Vertrauensverlust gegenüber etablierten Akteuren und Institutionen hin, wie Bürgermeister, Politiker, Unternehmen, Parteien, Energieversorger



oder Netzbetreiber. Im Energiebereich sei dieser Vertrauensverlust besonders hoch ausgeprägt. Großes Vertrauen bei den Bürgern hingegen genießen vor allem Nichtregierungsorganisationen, Vereine oder Bürgerinitiativen. Diese empirischen Befunde zeigen, so die Schlussfolgerung Monos, dass Legitimität auch durch Teilhabemöglichkeiten erreicht wird.

MEHR BETEILIGUNG DURCH „EMPOWERMENT“

Immer mehr Bürger investieren in Erneuerbare Energien – trotzdem gibt es Grund zur Sorge. Vor allem das Ausschreibemodell im neuen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wird von Genossenschaften kritisch gesehen. Mono argumentierte, Ausschreibungen würden sich negativ auf die Akteursvielfalt im Energiemarkt auswirken, da sie eine hohe Markteintrittshürde bedeuten.

Sorgen bereitet auch die sozialstrukturelle Schieflage im Hinblick auf die Mitglieder von Energiegenossenschaften: Die Mehr-

heit der Mitglieder hat einen Hochschulabschluss, 42 Prozent sind älter als 55 Jahre und fast drei Viertel verfügen über ein Brutto-Einkommen von mehr als 2.500 Euro im Monat. Die Bereitschaft zur Investition in Erneuerbare-Energien-Anlage, Einkommen, Bildungsniveau und Alter hängen also offenbar zusammen. Um alle gesellschaftlichen Gruppen zum Engagement für die Energiewende zu motivieren, brachte Mono den Begriff des „Empowerment“ in die Debatte ein. Damit ist der Prozess gemeint, der Menschen dazu befähigt, ihre Gestaltungsspielräume zu nutzen. Bürger müssen selbstbestimmt und „selbstkompetent“ handeln können. Hier sind auch Kommunen – insbesondere die Kommunalverwaltungen – in der Pflicht. Ziel muss es sein, die Bürger über die Bedeutung und die Chancen von Beteiligung aufzuklären, zur Beteiligung zu ermutigen und mangelnde Ressourcen zu kompensieren, beispielsweise durch Zugang zu Informationen.



KONTAKT:

100 prozent erneuerbar stiftung
 Dr. René Mono
 Albrechtstraße 22 | 10117 Berlin
 Tel.: 030 240876090
 E-Mail: info@100-prozent-erneuerbar.de
100-prozent-erneuerbar.de



WORKSHOP „KOMMUNIKATION FÜR DIE ENERGIEWENDE“

Auf kommunaler Ebene wird die Energiewende in vielen Projekten erfolgreich und mit hoher Akzeptanz umgesetzt. Allerdings gibt es vor Ort auch Vorbehalte, Widerstände oder Befürchtungen, beispielsweise beim Bau von Windenergie- oder Biogasanlagen oder wenn die Kommune in energieeffiziente Beleuchtung oder Nahwärmenetze investiert. Ziel des Workshops war es, Anregungen zu sammeln, wie Kommunikation bei der Planung und Umsetzung der Energiewende hilfreich sein kann. Folgende Fragen sollten beantwortet werden: Was kann und soll Kommunikation zum Erfolg und zur Akzeptanz von kommunalen Energiewendeprojekten beitragen? Was sind Erfolgsfaktoren für eine gelungene Kommunikation? Gibt es Hindernisse, die einer erfolgreichen Kommunikation entgegenstehen?

KOMMUNIKATIONSANLÄSSE SCHAFFEN

Zum Start des Workshops berichtete Teresa Karayel, Energiewendemanagerin der Verbandsgemeinde Weilerbach, über die vielfältigen Aktivitäten und Erfahrungen „ihrer“ Verbandsgemeinde unter dem Dach des EU-Verbundprojekts „Sustainable Energy Management System“ (SEMS) und der Initiative „Zero Emission Village“. Kommunikation kann dann hilfreich sein, so Karayel, wenn sie erfolgreiche Projekte vorstellt und erlebbar macht. Die Verbandsgemeindeverwaltung Weilerbach verleiht für jedes Projekt einen sogenannten Meilenstein, das im Kleinen zeigt, wie die Vision „Zero Emission Village“ umsetzbar ist. Auch durch Besichtigungen und Exkursionen können gute Beispiele erlebbar gemacht werden und darüber hinaus Kommunikationsanlässe geschaffen werden. Zudem werden andere Akteure

zum Nachahmen angeregt. Durch die geschickte Verknüpfung mit anderen Themen, insbesondere Tourismus, können Energiewendeprojekte und die damit verbundenen Botschaften emotional ansprechend und unterhaltsam gestaltet werden. Beispielsweise gibt die Verbandsgemeinde Weilerbach eine Rad- und Wanderkarte heraus, mit Hinweisen auf interessante Energieprojekte, die Wanderer und Radfahrer auf ihren Touren entdecken können. Die Anregungen reichen vom sogenannten „Strohenergiegewinnhaus“ über Windparks bis hin zu Photovoltaikfreiflächenanlagen.

Karayel thematisierte auch die interne Kommunikation in Verwaltungen. Wenn kommunale Projekte umgesetzt werden sollen, ist es unerlässlich, sich strategische Partner in der Verwaltung zu suchen.

TRANSPARENZ UND VOLLSTÄNDIGE INFORMATIONEN

Die Teilnehmer des Workshops – unter ihnen viele Mitarbeiter aus Kommunalverwaltungen – berichteten, dass gute Erfahrungen bei der Kommunikation vor allem dann gemacht wurden, wenn etablierte Akteure bzw. Netzwerke einbezogen wurden, die Vertrauen besitzen und gesellschaftlich akzeptiert sind. Diese Akteure



sind wichtige Multiplikatoren und „Türöffner“, weil sie nicht im Verdacht stehen, interessengeleitet zu sein. Zudem kann Kommunikation Vertrauen schaffen, etwa dann, wenn Bürger frühzeitig, vollständig und kontinuierlich über Projektvorhaben informiert und in Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

In mehreren Diskussionsbeiträgen wurde hervorgehoben, wie wichtig es ist, bei der Kommunikation von Beginn an auf den Nutzen der Energiewende-Projekte für die Kommune und die Bürger hinzuweisen.

Eine große Herausforderung für die Kommunen stellt die zielgruppengerechte Kommunikation dar. Erfolgsrezept bei der



Ansprache von Bürgerinnen und Bürgern ist eine leicht verständliche Sprache. Insbesondere bei komplexen Vorhaben ist eine „Übersetzungsleistung“ notwendig, um beispielsweise die Ziele und Maßnahmen eines Klimaschutzkonzepts zu erläutern. Für die Ansprache von Jugendlichen, so die Erfahrung der Teilnehmer, sind Vereine und Jugendgruppen wichtige Multiplikatoren. Die Kommunalpolitik mit ihren Ausschüssen und Arbeitskreisen ist eine weitere wichtige Zielgruppe bei der Kommunikation für kommunale Energiewendeprojekte.

KRITIKER EINBEZIEHEN UND DIE UNENTSCHLOSSENEN ÜBERZEUGEN

Fehlendes Vertrauen wurde von den Workshop-Teilnehmern als ein zentrales Hemmnis bei der Kommunikation identifiziert.

Damit Vertrauen erst gar nicht verloren geht, ist es wichtig, aktiv und vollständig zu informieren und so mögliche Gerüchte erst gar nicht entstehen zu lassen. Damit sich keine Lager – beispielsweise zwischen Befürwortern und Kritikern – bilden, sollten auch Kritiker bei Projektvorhaben von Beginn an eingebunden werden. Unangenehme Fakten sollten nicht zurückgehalten oder beschönigt werden. Es lohnt sich, die Kommunikation insbesondere auf die Unentschlossenen abzustimmen. Persönliche Betroffenheit, etwa bei der Standortplanung von Windenergieanlagen, muss ernst genommen werden. Auch das schafft Vertrauen. Die Teilnehmer waren sich einig, dass fehlende Ressourcen in den Kommunalverwaltungen – Zeit, Geld oder Personal – eine professionelle Kommunikationsarbeit erschweren.

Die Erfahrungen der kommunalen Akteure zeigten, dass Kommunikation vor allem Vertrauen schaffen und zur Akzeptanz von kommunalen Energiewendeprojekten in der Öffentlichkeit beitragen kann. Wichtige Erfolgsfaktoren sind Transparenz, vollständige und verständliche Informationen, Komplexitätsreduktion, der Verweis auf erfolgreiche Projekte und ihren unmittelbaren Nutzen sowie die Ansprache über einflussreiche und glaubwürdige Multiplikatoren. Herausforderungen bei der Kommunikation bleiben die zielgruppengerechte Ansprache, der Umgang mit Kritikern und fehlende Ressourcen in den Kommunalverwaltungen.



Kommunikationsanlässe schaffen: Dafür plädiert Teresa Karayel

WORKSHOP „TEILHABEMODELLE FÜR BÜRGER“

In den letzten Jahren stieg die Anzahl der Genossenschaften bundesweit immer weiter an, und auch in Rheinland-Pfalz schlossen sich Bürger verstärkt zu Genossenschaften zusammen. Im Fokus des Workshops, der mit einem Impulsvortrag von Dr. René Mono (Vorstand des Bündnis Bürgerenergie und Geschäftsführer der „100 Prozent erneuerbar stiftung“) eröffnet wurde, standen die Herausforderungen, welche sich für Genossenschaften und andere Formen der Bürgerbeteiligung durch Gesetzesnovellierungen – vor allem das neue EEG und die Veränderungen im Kapitalanlagegesetz (KAGB) – ergeben haben. Am Workshop nahmen vor allem Vertreter von Landkreisen und Verbandsgemeinden teil. Zudem beteiligten sich



Vertreter von Stadtwerken und von Organisationen, die sich mit dem Aufbau von Genossenschaften beschäftigen, wie das Landesnetzwerk Bürgerenergiegenossenschaften (LaNEG).

NEUE GESETZLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IM FOKUS

Die Teilnehmer des Workshops machten deutlich, dass aktuell eine große Unsicherheit bei den Genossenschaften darüber herrscht, wie sie in Zukunft ihr Angebot

ausbauen können, ohne mit den neuen oder geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen in Konflikt zu geraten. Notwendig ist vor allem eine Professionalisierung der Akteure im Bereich der Bürgerbeteiligungsmodelle. Gerade die dem Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB) zu Grunde liegenden Anforderungen an Genossenschaften und ihre Vorstände machen den Aufbau von professionellen Strukturen, eigenem Wissen bzw. den Einkauf von Wissen externer Dienstleister sowie die Bewertung dieses Wissens notwendig. Damit, so die Befürchtung, wird den Genossenschaften zukünftig das Arbeiten erschwert, da sie diese hohen Anforderungen nicht so einfach erfüllen werden können.

PROFESSIONALISIERUNG DER GENOSSENSCHAFTEN UND ZUSAMMENARBEIT MIT DIENSTLEISTERN

Eine Möglichkeit der Professionalisierung von Bürgerenergiegenossenschaften sehen die Diskussionsteilnehmer im Einstieg in das operative Geschäft unter Einbindung von Dienstleistern wie den Stadtwerken. Allerdings ist dazu ein gewisses Know-How und Urteilsvermögen notwendig. Das KAGB schreibt vor, dass Genossenschaftsvorstände „mit der gebotenen Sachkenntnis, Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit“ die eigenen Anlagen (Genossenschaftsbeteiligungen) einstufen und deren Risiko bewerten. Die Teilnehmer des Workshops weisen darauf hin, dass zum jetzigen Zeitpunkt nicht klar ist, wie diese Sachkenntnis von genossenschaftlichen Vorständen nachgewiesen werden kann.

Eine der Hauptaufgaben von Genossenschaften wird in der Direktvermarktung von Energie (Strom und Wärme) – unter dem Motto „aus der Region für die Region“ –

gesehen. Bürgerenergiegenossenschaften müssen weiter in den Bau von Anlagen investieren, um die dort produzierte Energie mit Partnern, wie beispielsweise den Stadtwerken, vertreiben zu können. Aktuell sind allerdings durch die kurze Übergangsregelung des EEG 2014 bereits starke Rückschritte beim Ausbau der Erneuerbaren Energien spürbar. Nach Meinung der Diskutanten zeichnet sich ein Projektstau ab. Hingewiesen wurde auch auf die unterschiedliche Ausrichtung der Genossenschaften in Rheinland-Pfalz und die möglicherweise besseren Zukunftsperspektiven von Genossenschaften mit einer höheren kommunalen Beteiligung oder der Beteiligung von Stadtwerken. Durch die Neuerung im KAGB werden auch hier die Gestaltungsspielräume eingeschränkt. Weil nach dem KAGB keine reinen Finanzierungsbeteiligungen mehr möglich sind, müssen die Genossenschaften stärker im operativen Geschäft agieren, um nicht unter die Prospektpflicht des KAGB zu fallen.

Vor dem Hintergrund der veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen sah Workshop-Leiter Dr. René Mono insgesamt drei Handlungsfelder für Genossenschaften:

- Teilnahme an Ausschreibungsverfahren, besonders im Windbereich. Wann sich eine Teilnahme lohnt, muss im Einzelfall genau geprüft werden. Das finanzielle Risiko, das mit einer Teilnahme verbunden ist, ist so groß, dass kaum eine Genossenschaft an mehr als einer Ausschreibung teilnehmen kann, ohne diese auch zu gewinnen.
- Nutzung der Marktprämie durch die Genossenschaften, besonders unter Ausschöpfung des sogenannten White-Label-Ansatzes. Die Vermarktung des genossenschaftlichen Stromes erfolgt hier durch einen Dritten, beispielsweise einen reinen Naturstromanbieter.
- Direktvermarktung des produzierten Stromes, beispielsweise auch in Kooperation mit Partnern. Eine große Heraus-

forderung ist hierbei der hohe bürokratische Aufwand, den das KAGB aufgibt. Dr. Mono erläuterte, dass die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) durch die vielen Anträge auf Anwendung des KAGB derzeit stark belastet sei und sich die Bearbeitung deutlich verzögere.

Die Teilnehmer lenkten im Workshop den Blick auch auf einen weiteren Aspekt der Teilhabe von Bürgern. Bürgerbeteiligung kann nicht nur als direkte Beteiligung an Erneuerbare-Energien-Anlagen verstanden werden, sondern auch als Beteiligung an Planungsverfahren und als Meinungsbildung durch die Öffentlichkeit.



Thematisiert wurde auch der Umgang mit Bürgerinitiativen, die Energiewendeprojekten kritisch oder ablehnend gegenüberstehen. Hier ist vor allem Offenheit und Ehrlichkeit gefordert. Wichtig ist, dass sich beide Seiten mit Wertschätzung begegnen und dass neutrale Vermittler von beiden Seiten anerkannt werden. Idealerweise sollten beispielsweise Gutachter gemeinsam bestellt werden. Wer sich an einem solchen Austausch zwischen Genossenschaft und Befürwortern oder Skeptikern beteiligt, muss seine eigenen Motive offen benennen. Die geforderte Transparenz gilt insbesondere auch für finanzielle Aspekte. Denn unklare Aussagen zu Kostenplanungen oder Gewinnannahmen lassen andere Motive, wie das Voranbringen der Energiewende oder die bessere Einbindung der Bürger, schnell als unehrlich erscheinen.

Weiterer Handlungsbedarf besteht nach Ansicht der Workshop-Teilnehmer in den folgenden Bereichen:

- Konzepte zur Direktvermarktung (auch ohne EEG),
- Lösung von Interessen- und Anforderungskonflikte zwischen den Gesetzen,
- Nutzung von Dienstleistern zur Professionalisierung der Arbeit.

NEUE HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN DURCH DIREKTVERMARKTUNG

Investitionssicherheit und Marktoffenheit – das sind die Gründe, warum die Mehrheit der Erneuerbare-Energien-Anlagen von Bürgern gehalten wird. Nach Ansicht der Workshop-Teilnehmer werden diese auch zukünftig das Bild bestimmen. Bis vor kurzem waren die Beteiligungsformen durch das alte EEG geprägt, das die Stromabnahme zu Festpreisen garantierte und an Vollkosten orientiert war. Die EEG-Novelle hat nach Meinung der Teilnehmer, zu einer Verschlechterung der Rahmenbedingungen geführt. Doch bereits initiierte Pilotprojekte unter dem neuen EEG lassen

darauf hoffen, dass Genossenschaften mit ihren Bürgerbeteiligungsmodellen zukünftig noch handlungsfähig bleiben und sich im Bereich der Direktvermarktung neue Möglichkeiten auf tun.

Die Energieagentur Rheinland-Pfalz hat bei der Jahresversammlung des Vereins der Energie-Agenturen Deutschlands (eaD) im September 2014 einen regelmäßigen Austausch auf Bundesebene zum Thema Bürgerbeteiligungsmodelle und rechtliche Rahmenbedingungen verabredet. Es wurde vereinbart, Schwierigkeiten bei der Umsetzung genossenschaftlicher Modelle oder bei der Anwendung neuer gesetzlicher Vorgaben unmittelbar an den Gesetzgeber zu kommunizieren. Ferner werden Erfahrungen aus verschiedenen bundesweiten Pilotprojekten sowie Entscheidungen der BaFin zukünftig durch die Energieagentur Rheinland-Pfalz und das Landesnetzwerk Bürgerenergiegenossenschaften Rheinland-Pfalz (LaNEG) an Genossenschaften, interessierte Kommunen und Bürger kommuniziert.



Teilnehmer des Workshops „Teilhabemodelle für Bürger“

NACHHALTIGE UMSETZUNG DURCH KOOPERATION

IMPULSVORTRAG VON PROF. DR. KARL KEILEN

Im Themenblock „Nachhaltige Umsetzung durch Kooperation“ drehte sich alles um die unterschiedlichen Formen der Zusammenarbeit bei der Umsetzung von Energiewendeprojekten auf kommunaler Ebene. Beispielsweise ist vom Bau und vom Betrieb von Erneuerbare-Energien-Anlagen meist nicht nur die Standortgemeinde betroffen, sondern auch die Nachbargemeinden. Zur Akzeptanzschaffung ist Zusammenarbeit der betroffenen Gemeinden zwingend. Interkommunale finanzielle Ausgleichsmodelle (z.B. Solidarpakte) sind hierfür förderlich. Auch das Verhältnis von Stadt und Land ist von der Energiewende betroffen. Erneuerbare-Energien-Anlagen sind aufgrund ihrer Flächenintensität meist in ländlichen Räumen zu finden, während die Energie insbesondere in dicht besiedelten Agglomerationsräumen verbraucht wird. Auch die Zusammenarbeit zwischen Kommune und den Bürgern spielt bei der Umsetzung von Projekten vor Ort eine wichtige Rolle.

DIE ENERGIEWENDE BRAUCHT STARKE UND EMOTIONALE BOTSCHAFTEN

„Um die Menschen von der Notwendigkeit des Umbaus der Energieversorgung zu überzeugen und sie zum Mitmachen und zur Zusammenarbeit zu bewegen, braucht es eine Vielzahl von nachvollziehbaren und emotionalen Botschaften und Bildern“ – das ist die zentrale These im Impulsreferat von Prof. Dr. Karl Keilen vom Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz (MWKEL).

„Die Umstellung auf heimische Energien schafft Arbeit, Einkommen und Wertschöpfung vor Ort sowie dauerhaft stabile Energiepreise, weil bei den Erneuerbaren

keine Knappheiten vorliegen“. Mit dieser und ähnlichen „starken und emotionalen Botschaften“, so Keilen, müssen die Menschen auf der affektiven Ebene angesprochen werden, um Interesse und Akzeptanz für den Umbau der Energieversorgung zu schaffen. Wie eine zukunftsfähige Energieversorgung aussieht, zeigt eine Vielzahl von Projekten im Land. Indem die Energiezukunft erleb- und erfahrbar gemacht wird, so Keilen, werden die Menschen zum Mitmachen und Nachahmen motiviert. Insbesondere die Aktionswoche 2014 „Rheinland-Pfalz: Ein Land voller Energie“ der Energieagentur Rheinland-Pfalz habe gezeigt, wie engagiert in Rheinland-Pfalz in vielen Bereichen bereits heute die Energiewende umgesetzt wird. Begeisterung für die Energiewende entsteht auch, wenn man Bürgern zeigt, welche Möglichkeiten sie zur Teilhabe nutzen können. Eine wichtige Botschafts- und Appellfunktion haben auch kommunale Klimaschutz- und Energiekonzepte. Sie seien, so Keilen, eines der wichtigsten Instrumente, mit denen die Kommunen ihren Pflichtaufgaben Klimaschutz und Sicherstellung der Energieversorgung nachkommen können.

KOMMUNEN SIND VORREITER BEIM KLIMASCHUTZ

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 den verbrauchten Strom bilanziell zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien zu erzeugen. Um das zu erreichen, sieht Keilen vor allem die Kommunen in der Pflicht. Die Kommunen als Träger der Flächennutzungsplanung müssen den Ausbau der Erneuerbaren Energien durch Standortausweisung für Wind, Photovoltaik, Geothermie, Bioenergie oder Wasserkraft



Prof. Dr. Karl Keilen setzt auf starke und emotionale Botschaften

vorantreiben. Neben einer kommunalen und interkommunalen Flächennutzungsplanung kommt auch Energiesteckbriefen in Verbandsgemeinden und Landkreisen sowie auf der Ebene der Planungsgemeinschaften eine zentrale Funktion zu. Energiesteckbriefe dokumentieren den Ist-Zustand, Fortschritte und ermöglichen einen interkommunalen Vergleich. Die Kommunen haben auch eine Vorbildfunktion beim Klimaschutz. Ziel muss deshalb die CO₂-neutrale Verwaltung sein. Wichtige Schritte auf dem Weg dorthin sind energetische Sanierungen und Neubauten im Bereich der kommunalen Liegenschaften, CO₂-neutrale Dienstreisen, ein energieeffizientes Beschaffungswesen und jähr-

liche Energieberichte. Darüber hinaus sieht Keilen die Kommunen in der Pflicht, Informationen und Beratung für Bürger und Unternehmen in Zusammenarbeit mit Verbraucherzentrale, Energieagenturen u.a. anzubieten, etwa im Rahmen einer Energieberatung. Darüber hinaus sollen die Kommunen – beispielsweise in Zusammenarbeit mit der Energieagentur Rheinland-Pfalz – Informationen zum Klimaschutz und zur Energiewende bereitstellen. Auch die Bildung von Netzwerken, wie Energiestammtische oder Agenda 21-Gruppen, sollte unterstützt werden. Lässt es der Gemeindehaushalt zu, sollten kommunale Förderprogramme im Energiebereich aufgelegt werden.



KONTAKT:

Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz,
Energie und Landesplanung
Prof. Dr. Karl Keilen
Stiftsstraße 9 | 55116 Mainz
Tel.: 06131 165442
E-Mail: karl.keilen@mwkel.rlp.de
www.mwkel.rlp.de



WORKSHOP „INTERKOMMUNALE KOOPERATION“

Frühzeitige und umfassende Kommunikation über geplante Projekte – das ist der entscheidende Faktor für erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen mehreren Gemeinden. Zu diesem Ergebnis kommen die Teilnehmer des Workshops „Interkommunale Kooperation“. Kommunikative Faktoren – und darunter insbesondere das direkte Gespräch zwischen Akteuren – werden in der Auswertung eigener Erfahrungen mit weitem Abstand am häufigsten genannt, als es darum geht die Ursachen für besonders gelungene Kooperationen zu analysieren.

Kerstin Lauerburg, Projektmanagerin beim Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS), präsentierte erste Zwischenergebnisse aus einer aktuellen Forschungsarbeit. Die Referentin leitet das Projekt „Intra- und Interkommunale Kooperation als Schlüssel zur Energiewende“, bei dem das IfaS mit der Deutschen Umwelthilfe e.V. (DUH) zusammenarbeitet. Gefördert wird die Untersuchung vom Bundesumweltministerium; sie läuft noch bis September 2015.

Sechs unterschiedliche Modelle von Kooperationen in ganz Deutschland wurden für die Untersuchung ausgewählt, um die Effekte der jeweiligen Zusammenarbeit auf Fortschritt und Qualität der Projekte ermitteln zu können. Zwei davon stellte Lauerburg vor.

Ökomodell Achental: Im Zentrum steht ein Verein als Zusammenschluss von neun oberbayerischen Kommunen. Er dient dem Ziel, den gesamten Energieverbrauch aus regenerativen Rohstoffen zu decken. Der Verein initiiert Projekte und begleitet die Umsetzung. Ein Biomasse-Hof ist das erste

große Projekt. Weiterhin wurden zwei Biomasseheizwerke initiiert sowie ein Projekt zu Kurzumtriebsplantagen und mehrere E-Ladestationen. Angegliedert ist außerdem eine Förderstiftung. Informationskampagnen werben für Speichertechnologie in Verbindung mit Photovoltaik, für den Austausch von Heizungspumpen und Elektromobilität.

Landkreis Steinfurt: Der Kreis (24 Kommunen) koordiniert mehrere interkommunale Netzwerke, darunter zwei LEADER-Aktionsgruppen. Und er organisiert regelmäßige Treffen der Klimaschutzmanager zum Erfahrungsaustausch. Zielsetzung ist die nachhaltige Regionalentwicklung mit den Schwerpunkt-Themen Energie, regionale Vermarktung, ländliche Entwicklung und Bildung für Nachhaltigkeit. Darüber hinaus versteht sich die Kreisverwaltung als Dienstleister für ihre Kommunen, etwa bei der Planung von Windenergieanlagen: Eine „Guideline“ für die Gemeinden soll beispielsweise die rechtzeitige, umfassende und auch räumlich weit genug greifende Information über Standort-Planungen oder auch die wirksame Ausgestaltung von Solidarpakten sicherstellen.

MEHR „POWER“ FÜR KLEINERE GEMEINDEN

So verschiedenartig die untersuchten Kooperationen in Ausrichtung wie Organisationsform auch seien – für die Referentin gibt es in allen Fällen einen schon während des noch laufenden Evaluierungsprozesses erkennbaren Nutzen: „Mehr Power“. Die Bündelung der Kräfte bietet laut Kerstin Lauerburg insbesondere für kleinere Gemeinden einen enormen Zuwachs an Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten.

Wesentliche Voraussetzungen dafür benannten die Workshop-Teilnehmer, unter ihnen zahlreiche kommunale Praktiker:

- einen klar benannten und möglichst breit getragenen politischen Willen,
- Flexibilität beim Definieren der Ziele und beim Ausgestalten der Umsetzung,
- unbefristet eingestellte Mitarbeiter als Garanten für eine kontinuierliche Weiterentwicklung.

Der letzte Punkt wurde besonders hervorgehoben, denn projektbezogene Zeitverträge schaden den Erfolgsaussichten gemeindeübergreifender Projekte erheblich.



OFFENHEIT UND AUSREICHENDE RESSOURCEN

Unter den möglichen Hemmnissen in der Wahrnehmung der Diskutanten liegen „Kirchturmsdenken“, „Neid“ und „lokale Rivalitäten“ ganz vorne. Mangel an Offenheit in der interkommunalen Kommunikation oder nicht klar definierte Ziele wurden ebenfalls mehrfach als Probleme benannt.

Erst danach folgt das Fehlen ausreichender Ressourcen, wie Zeit, Mitarbeiter oder Finanzmittel. Beim Benennen von Beispielen dominierte das Thema Solidarpakte. Ihr Scheitern – überwiegend aufgrund einer zu geringen Gewinn-Verteilungsquote – habe in einzelnen Fällen sogar zu Feindseligkeit zwischen benachbarten Orten geführt, die erst im Laufe von vielen Jahren abgebaut werden konnte. Derart „verhär-

tete Fronten“ blockierten einen sinnvollen Interessenausgleich. Die einfache Lehre daraus müsse deshalb lauten, möglichst frühzeitig über die Ortsgrenzen hinweg miteinander ins Gespräch zu kommen und Bürger sowie die regionalen Medien schon am Anfang aller Überlegungen einzubinden. Auf zusätzliche Schwierigkeiten stießen Kooperationen über die Grenzen von Verbandsgemeinden oder Landkreisen hinaus. Ungleichheiten bei Förderung und Finanzausstattung belasteten vielfach anlaufende Projekte, da gerade im Energiebereich wesentliche Voraussetzungen nationalstaatlich geregelt seien.

„PROFIT“ FÜR ALLE

Hingegen zählen wirtschaftliche Anreize zu den potenziellen Erfolgsfaktoren: Die Aussicht auf Einsparungen bzw. die Verbesserung der Haushaltslage werten die Workshop-Teilnehmer als starke Triebfeder für kooperative Modelle. Deshalb sei es wichtig, von vornherein den potenziellen „Profit“ für alle Teilnehmer darzustellen. Gute persönliche Kontakte, Motivation und Engagement auf Seiten der Akteure sowie der Einsatz von auf Dauer angelegten „Kümmernern“ verbesserten zusätzlich die Chancen auf gelungene Gemeinschaftsprojekte. Und sie bieten zugleich Anlass, das Kooperationsmodell zu „exportieren“ – zur Lösung ganz anderer Problemstellungen. Am Ende einer solchen Entwicklung könnte eine weitreichende Vernetzung stehen, gewebt aus einer Vielzahl intrakommunaler und ortsübergreifender Kooperationen.



Kerstin Lauerburg in der Diskussion

WORKSHOP „AKTIVIERUNG VON BÜRGERN DURCH DIE KOMMUNE“

25 Teilnehmer, darunter Vertreter von Kommunen und des Gemeinde- und Städtebunds Rheinland-Pfalz, beschäftigten sich in dem Workshop mit Ansätzen und Handlungsmöglichkeiten für Kommunen, um die Bürger zur Umsetzung der Energiewende und zur Beteiligung an Energieprojekten zu motivieren. Dies ist unter anderem deshalb wichtig, weil den Bürgern eine entscheidende Rolle bei der Energiewende zukommt, sei es im Hinblick auf die Akzeptanz von Anlagen zur Gewinnung Erneuerbarer Energien oder bei der konkreten Umsetzung der Energiewende in den eigenen vier Wänden. Allerdings fehlen in den Kommunen häufig noch professionelle Strukturen und hauptamtliche „Kümmerer“, die die Bürger zur Umsetzung der Energiewende motivieren.



RICHTIGE, PRÄZISE UND SINNVOLLE BOTSCHAFTEN ALS SCHLÜSSEL ZU DEN BÜRGERN

Prof. Dr. Karl Keilen vom Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz (MWKEL) geht in seinem Impulsvortrag auf die große Bedeutung von professionellen Strukturen in den Kommunen ein und plädiert für hauptamtliche Personen, die sich ausschließlich um die Themen Klimaschutz und Energie-

wende kümmern. Darüber hinaus, betont Keilen, sei auch jeder Einzelne mit seinen erfolgreich durchgeführten Projekten und Erfahrungen wichtig, weil andere zum Nachahmen motiviert werden. Die besten Fürsprecher für die Energiewende finden sich in der Nachbarschaft und im persönlichen Gespräch. Dort lassen sich die größten Erfolge erzielen. Das große Problem ist aber, dass niemand das Wissen des „Nachbarn“ genau einschätzen kann. Die Politik, die Kommunen, Stadtwerke und alle weiteren Akteure müssen deshalb ein Verständnis schaffen und Missverständnisse vermeiden. Dies erreicht man durch das Setzen richtiger, präziser und sinnvoller Botschaften, die es zu generieren gilt. Deshalb ist irreführend, wenn Schlüsselakteure falsche Botschaften setzen, wie beispielsweise ein Energieversorger der USB-Sticks im Energiesparlampen-Format verteilt, obwohl die Technik der Energiesparlampen nicht mehr die aktuellste und sicherste ist.

KOMMUNEN KÖNNEN DURCH KONKRETE AKTIONEN BOTSCHAFTEN SENDEN

In seinem Vortrag ging Prof. Keilen auf Handlungsfelder ein, die in den nächsten Jahren im Zuge der Energiewende interessant werden. Er ist sich sicher, dass der Eigenverbrauch der Bürger im künftigen Energiesystem eine größere Rolle spielen wird. Durch größere Anlagen, einen erhöhten Eigenverbrauch und gleichzeitigem Stromsparen ist es zum Beispiel möglich, den kompletten Stromverbrauch eines Gebäudes durch die Sonnenenergie zu decken. Wichtig sind auch die emotionale Ansprache der Bürger und der Verweis auf monetäre Vorteile. In der anschließenden Diskussion betonten die Workshop-Teilneh-



mer, dass es Aufgabe der Kommune ist, auf Vorbilder in der Nachbarschaft hinzuweisen, beispielsweise auf Personen, die sich für die Energiewende stark machen, sei es durch die eigene Photovoltaikanlage oder durch besonders energiesparendes Verhalten. Vorgeschlagen wurde beispielsweise ein Format „Bürger vermitteln Wissen an Bürger“ mit einer Internetplattform, auf der Best-Practice-Beispiele vorgestellt werden. Diskutiert wird auch über einen kommunalen Wettbewerb zur Prämierung guter Beispiele, einen Wettbewerb für Bürgerideen oder Energiesteckbriefe, durch die Gemeinden hinsichtlich ihres Energiebedarfes verglichen werden können.

DIREKTE ANSPRACHE DER BÜRGER

Als eine Maßnahme der direkten Ansprache der Bürger stellte ein Workshop-Teilnehmer die Aktion „Wir sparen Strom“ vor, die die Energieagentur Rheinland-Pfalz in der Region Mittelhaardt & Südpfalz durchführt. In Vorträgen gibt es für interessierte Bürgerinnen und Bürger praktische Tipps zur Senkung des Stromverbrauchs oder zur LED-Beleuchtung. Eine weitere Möglichkeit zur direkten Ansprache der Bürger ist die Energiekarawane mit einer kostenlosen Erstberatung für Hausbesitzer und Mieter, die die EnergieEffizienzAgentur Rhein-Neckar (E2A) durchgeführt hat.

KOMMUNEN ALS VORBILDER

Prof. Keilen untersticht die Vorbildfunktion der Kommunen. So könnten Kommunen, die mit Energieprojekten finanzstark geworden sind, eigene Förderprogramme auflegen und so zu mehr Energieeffizienz verhelfen. Weitere Vorschläge in der Diskussion: Ehrenamtliche und Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen zu Energiebotschaftern ausbilden und kommunale Energiestammtische fördern.

AKTIVIERUNG DER BÜRGER DURCH KOMMUNEN ALS ZUKUNFTSAUFGABE

Der Workshop zeigte, dass die Aktivierung der Bürger durch die Kommunen eine zentrale Aufgabe für die Zukunft bleibt. Hier besteht ein enormes Potenzial, einerseits für die Kommunen, die Angebote für die Bürger schaffen. Andererseits für die Bürger, die aktiv an der Energiewende teilhaben können. In der Diskussion wurden vielfältige Ansätze und Möglichkeiten aufgezeigt. Den Ideen stehen allerdings die mangelnde Personalausstattung in den Kommunen für den Energiebereich, ein möglicherweise fehlender politischer Wille und die prekäre finanzielle Lage vieler Kommunen entgegen. Die Teilnehmer machen aber auch deutlich, dass es oft mit etwas Mut möglich ist, durch Investitionen in Erneuerbare Energien die kommunale Haushaltslage zu verbessern und die Bürger an Energiewendeprojekten zu beteiligen. Die Energieagentur Rheinland-Pfalz kann die Kommunen und weitere Akteure dabei unterstützen, zum Beispiel durch Fachinformationen richtige Botschaften zu senden. Darüber hinaus kann sie Formate entwickeln, die die aktive Weitergabe von Wissen und positiven Beispielen zur Energiewende unter den Bürgern fördern.





ENERGIEAGENTUR RHEINLAND-PFALZ GMBH

Für Kommunen, Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, wissenschaftliche Einrichtungen, Kammern und weitere Organisationen ist die Energieagentur Rheinland-Pfalz die verbindende landesweite Plattform. Sie unterstützt verschiedene Akteure bei der Umsetzung ihrer Energiewende-Projekte durch fachliche Informationen, Vernetzung und Moderation, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie durch Statusberichte zur Energiewende.

Die Energieagentur Rheinland-Pfalz ist die zentrale Anlaufstelle für Fragen rund um die Energiewende, zu Energieeinsparungen, Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien. Die Mitarbeiter der Energieagentur beantworten fachliche Anfragen von Kommunen, Unternehmen und weiteren Organisationen und informieren Bürgerinnen und Bürger bei Veranstaltungen, Verbraucher- sowie Baumessen, zum Beispiel über Fördermöglichkeiten. Zeigt sich, dass zu bestimmten Inhalten im Land Informationsangebote fehlen, entwickelt die Energieagentur, oft in Kooperation mit anderen Institutionen, entsprechende Angebote.

Die Energieagentur Rheinland-Pfalz wird zu 100 Prozent aus Mitteln des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung finanziert. Sie arbeitet marktneutral, produktunabhängig und parteiübergreifend.

SO ERREICHEN SIE UNS:

Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH
Trippstadter Straße 122,
67663 Kaiserslautern

Zentrale Telefonhotline: 0631/316023-11
E-Mail: info@energieagentur.rlp.de

Bei Ihnen vor Ort in unseren Regionalbüros: www.energieagentur.rlp.de/regionalbüros

Aktuelle Informationen über die Aktivitäten der Energieagentur und die Energiewende in Rheinland-Pfalz finden Sie auf www.energieagentur.rlp.de
www.twitter.com/energie_rlp

Im Sinne besserer Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen meistens die männliche Form. Wir sprechen damit aber Männer und Frauen gleichermaßen an.

Fotos: Energieagentur Rheinland-Pfalz/Uwe Völkner und Matthias Knepeck



ENERGIEAGENTUR
Rheinland-Pfalz

Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH
Trippstadter Straße 122, 67663 Kaiserslautern
E-Mail: info@energieagentur.rlp.de
www.energieagentur.rlp.de
www.twitter.com/energie_rlp

Gefördert durch:



RheinlandPfalz

MINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, KLIMASCHUTZ,
ENERGIE UND
LANDESPLANUNG